



Ausgabe: April 2018

Demokratie-Newsletter

Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- NZZ am Sonntag vom 1. April 2018, Seite 18
E-Voting? Übung abbrechen!
- Neue Zürcher Zeitung vom 6. April 2018, Seite 12
Demokratie verträgt nicht das leiseste Misstrauen – Wegen Sicherheitsbedenken steht E-Voting auf der Kippe. Dies ist eine gute Gelegenheit, grundsätzlich über die politischen Rechte in Zeiten fortschreitender Digitalisierung zu diskutieren.
- Neue Zürcher Zeitung vom 6. April 2018, Seite 19
Trotz Kritik hält Zürich am E-Voting fest – Der Regierungsrat will das elektronische Abstimmen bis 2022 ermöglichen und wünscht sich einen Volksentscheid
- Das Magazin vom 7. April 2018, Seiten 11 – 17
Der Knopf – Hat Facebook mit seinem «Voter Button» die Wahlen in Island beeinflusst?
- Tages-Anzeiger vom 11. April 2018, Seite 5
Die letzte Bastion von Mitte-links wankt – Im Nationalrat und in der Landesregierung ist der Rechtsrutsch Tatsache. Nun drohen der Linken bei den Wahlen 2019 auch im Ständerat empfindliche Verluste. Damit könnten die Mehrheitsverhältnisse kippen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 11. April 2018, Seite 15
Politische Pop-up-Stores geben das Tempo vor – Parteien und Verbände werden bei der Beschaffung von Unterschriften für Initiativen und Referenden zunehmend überflüssig.
- Neue Zürcher Zeitung vom 11. April 2018, Seite 17
Der Stadtrat von Uster macht schon wieder eine schlechte Figur – Der Bezirksrat hebt einen Volksentscheid vom letzten Mai auf – Grund ist die falsche und unvollständige Information der Stimmberechtigten.
- Neue Zürcher Zeitung vom 13. April 2018, Seite 21
Hat der Stadtrat die Ustermer bewusst getäuscht? – Zur aufgehobenen Volksabstimmung über die Untere Farb wegen falscher Informationen sind nun neue Einzelheiten bekannt.
- Tages-Anzeiger vom 14. April 2018, Seite 3
Vom Verlieren – Es gibt in der Schweizer Politik seit geraumer Zeit nur ein gültiges Gesetz: Die CVP verliert. Allmählich wird es existenziell.



- Tages-Anzeiger vom 14. April 2018, Seite 5
Toni Brunner steigt zum jüngsten Alterspräsidenten seit 1848 auf.
- Neue Zürcher Zeitung vom 14. April 2018, Seite 1
Fake-News gehören zur Politik – Im Zuge des Facebook-Skandals wird der Ruf nach staatlicher Regulierung der sozialen Netzwerke immer lauter. Mehr Datenschutz und gesetzestreue Transparenz bei politischer Werbung sind berechtigte Anliegen. Doch die Demokratie braucht kein staatliches Siegel für zulässige Informationen.
- Tages-Anzeiger vom 16. April 2018, Seite 6
Genfs Rechte stark geschwächt – Bei den Genfer Kantonsratswahlen verlieren die SVP und die Rechtspartei MCG 12 ihrer 31 Parlamentssitze. Bei der CVP steht Regierungsrat Luc Barthassat vor der Abwahl.
- Tages-Anzeiger vom 17. April 2018, Seite 1
Im Kampf gegen E-Voting gehen die Gegner aufs Ganze – Im Parlament, an der Urne und bald vor Gericht: Kritiker wollen elektronisches Abstimmen stoppen.
- Tages-Anzeiger vom 17. April 2018, Seite 3
Im Tresorraum der Demokratie – Seit bald 20 Jahren träumen Schweizer Politiker von flächendeckendem E-Voting. Jetzt formiert sich Widerstand. Wird die direkte Demokratie bald zum Tummelplatz für finstere Hacker?
- Der Bund vom 17. April 2018, Seite 1
Kein vorschneller Übungsabbruch beim E-Voting – Kommentar von Daniel Foppa.
- Tages-Anzeiger vom 18. April 2018, Seite 5
SVP-Führung erteilt Forderungen nach Kurswechsel eine Absage – Die SVP verliert Wahl um Wahl. Parteiintern werden deshalb Anpassungen bei Themen und Stil verlangt.
- Neue Zürcher Zeitung vom 18. April 2018, Seite 10
Der eine schreit «Lügenpresse», der andere «Nazi» – Wir erlebe eine extreme Polarisierung der Meinungen. Die Linke wittert überall Fremdenfeindlichkeit, die Rechte fühlt sich von Denkverboten umstellt. Wer das Falsche sagt, wird exkommuniziert. So nimmt die Demokratie Schaden.
- Neue Zürcher Zeitung vom 18. April 2018, Seite 17
E-Voting erhöht die Wahlbeteiligung nicht – Zum ersten Mal bei Gesamterneuerungswahlen konnten die Genfer elektronisch abstimmen – die Beteiligung sank im Vergleich zu 2013.
- Neue Zürcher Zeitung vom 18. April 2018, Seite 39
Die Linke hat sich selbst dekonstruiert – Das Postfaktische und das Postmoderne gehören zusammen: Wenn alles gleich ist, dann ist auch alles erlaubt.



- Neue Zürcher Zeitung vom 27. April 2018, Seite 14
Politik zum Heulen – Nirgendwo ist Demokratie emotionaler und direkter als an der Landsgemeinde – doch die Versammlung ist mehr als schöne Tradition.

Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 6. April 2018, Seite 1
Sozialdetektive stürzen die Linke in ein Dilemma – Die Unterstützung für das Referendum gegen das Überwachungsgesetz wächst. Nur die SP steht abseits.
- Tages-Anzeiger vom 6. April 2018, Seite 5
Ein unmoralisches Angebot – Die Casinos kämpfen vehement für das neue Geldspielgesetz. FDP-Nationalrat Marcel Dobler stimmte im Parlament gegen das Gesetz. Weniger später offerierte ihm ein Casino einen Sitz im Verwaltungsrat.
- Tages-Anzeiger vom 13. April 2018, Seite 5
Olympia 2026: Es gibt wohl keine Volksabstimmung – Die Ständeräte wollen nichts wissen von einer referendumsfähigen Vorlage.
- Neue Zürcher Zeitung vom 30. April 2018, Seite 19
Vollgeld ist ein Kind der Krise – Mit dem Chicago-Plan wollen Ökonomen in den 1930er Jahren die Grosse Depression bekämpfen – doch die Banken wehren sich.

Gerichtsurteile

- Obergericht des Kantons Nidwalden, Verfassungsgericht, Entscheid vom 13. November 2017, [VG 17 1](#)
Politische Rechte (Abstimmungsfreiheit) – Kantonale Volksabstimmung vom 26. November 2017 betreffend «Bewilligung eines Objektkredits für die Modernisierung des zivilen Flugplatzes Buochs». Abweisung. (Nachtrag; siehe auch Bundesgericht, Urteil vom 5. März 2018, 1C_632/2017, erwähnt in: Demokratie-Newsletter 3/2018).
- Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen, Entscheid vom 15. August 2017, [B 2015/290](#)
Abstimmungsbeschwerde – Konsultativabstimmung der Ortsbürgerschaft, Art. 163 und 164 GG (sGS 151.1). Auszug aus dem dritten Leitsatz: Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bedarf die Durchführung einer Konsultativabstimmung einer rechtlichen (gesetzlichen) Grundlage [...]. Das Verwaltungsgericht kam zum Schluss, die Entwicklung des Verfassungs- und Gesetzesrechts auf kantonaler Ebene spreche dagegen, Konsultativabstimmungen auf Gemeindeebene gestützt auf Art. 45 GG zuzulassen. [...] Gutheissung.



- Bezirksrat Zürich, Beschluss vom 5. April 2018, [GE.2018.7/2.02.04](#)
Stimmrechtsrekurs – Wahlen in den Gemeinderat der Stadt Zürich 2018, Wahlkreis 11. Auszug aus der Begründung: Der Bezirksrat kam zum Schluss, dass der Unterschied von 16 Stimmen bei der vorliegenden Proporzwahl kein knappes Resultat ist, das eine Nachzählung erfordert hätte. Ebenfalls kein Grund für eine Nachzählung ist die hohe Anzahl an ungültig eingelegten Wahllisten. Abweisung
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 8. März 2018, [1C_609/2016](#)
Politische Rechte – Sanierung und Umnutzung Liegenschaft Rosengarten, Bewilligung eines Verpflichtungskredites; obligatorisches Referendum. Beschwerde gegen den Beschluss des Kantonsrats Solothurn vom 8. November 2016. Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 21. März 2018, [6B_247/2017](#)
Fraude électorale, captation de suffrages, arbitraire, droit d’être entendu, recours contre le jugement de la Cour pénale du Tribunal cantonal du canton du Jura du 25 novembre 2016 (CP 16 / 2015). Rejeté.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 22. März 2018, [1C_649/2017](#)
Politische Rechte – Stadtratsbeschluss vom 16. Februar 2017; Überbauungsordnung Sanierung Gleisanlagen Breitenrain. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern, Verwaltungsrechtliche Abteilung, vom 25. Oktober 2017 (100.2017.173U). Abweisung.
- Bezirksrat Uster, Beschluss vom 5. April 2018, [GE.2017.16.2.02.04](#)
Politische Rechte – Genehmigung des Öffentlichen Gestaltungsplans «Untere Farb», Uster. Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 (Abstimmungsweisung). Gutheissung: Die Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 betreffend die Genehmigung des Öffentlichen Gestaltungsplans «Untere Farb», Uster, wird aufgehoben.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 19. März 2018, [1F_8/2018](#)
Politische Rechte – Revisionsgesuch gegen das Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 31. Januar 2018 (1C_52/2018). Abweisung.
- Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt als Verfassungsgericht, Kammer, Urteil vom 18. März 2018, [VG.2017.3](#)
Politische Rechte – Beschwerde gegen einen Beschluss des Grossen Rates vom 20. September 2017 betreffend rechtliche Zulässigkeit der formulierten Initiative «Zämme fahre mir besser». Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 28. März 2018, [VB.2017.00862](#)
Neukonstituierung des Gemeinderats Schöneberg – Der Beschwerdegegner konstituierte sich während der Amtsdauer neu; der Beschwerdeführer wehrte sich hierauf gegen die Zuweisung einer anderen «Hauptabteilung». Die Vorinstanz erachtete den Beschwerdeführer als durch die Neukonstituierung nicht in schutzwürdigen Interessen betroffen. Abweisung.



- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 11. April 2018, [VB.2018.00052](#)
Genehmigung der Gemeindeordnung – Im Rahmen des Beschlusses über die Genehmigung der revidierten Gemeindeordnung verpflichtete der Regierungsrat die Gemeinde Männedorf, anlässlich der nächsten Revision der Gemeindeordnung Art. 17 Abs. 2 Ziff. 5 und Art. 23 Abs. 2 Ziff. 1 GO, wonach dem Gemeindevorstand bzw. der Schulpflege die Kompetenz zur Schaffung neuer Stellen zukomme, dahingehend anzupassen bzw. zu konkretisieren, dass damit keine neue Aufgaben begründet werden könnten, für die neue Ausgaben zu bewilligen seien. In Gutheissung der Beschwerde werden Dispositiv-Ziff. I, soweit damit die Gemeindeordnung der Gemeinde Männedorf vom 24. September 2017 einschränkend im Sinn von Ziff. 3 Bst.. b der Erwägungen genehmigt wird, und Dispositiv-Ziff. III des Beschlusses des Regierungsrats vom 13. Dezember 2017 aufgehoben.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 17. April 2018, [1C_157/2017](#)
Diritti politici – Iniziativa popolare costituzionale elaborata «Rafforzare i Comuni. Per un Ticino moderno, democratico e bern organizzato». Ricorso contro il decreto del Gran Consiglio della Repubblica e Cantone Ticino del 14 febbraio 2017. Respinto.
- Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Entscheid vom 24. April 2018, [III 2017 232](#)
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde (Bezirk Einsiedeln); Voranschlag 2018; Aufhebung Budget-Position 869.361.00; Bezirksbeitrag Gebäudeprogramm. Abweisung.

Amtliche Informationen

- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 11. April 2018
E-Voting im Kanton Neuenburg: Grundbewilligung des Bundesrates für die Jahre 2018–2020
An seiner Sitzung vom 11. April 2018 hat der Bundesrat dem Gesuch des Kantons Neuenburg stattgegeben, die elektronische Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen weiterhin anzubieten. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 17. April 2018
Bundesrat lehnt Vollgeld-Initiative ab
Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» ab. Bundesrat Ueli Maurer legte am 17. April 2018 an einer Medienkonferenz die Gründe für die Ablehnung dar. Die Schweiz würde bei Annahme der Initiative zum Experimentierfall für ein unnötiges und riskantes Vorhaben. Der Bankensektor würde geschwächt und die Schweizerische Nationalbank (SNB) stärker unter politischen Druck geraten. ([Link](#))



- Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 18. April 2018
Berner Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle!»: Beschwerden gegen Ungültigerklärung abgewiesen (Urteil vom 18. April 2018, 1C_221/2017, 1C_223/2017)
Das Bundesgericht bestätigt die Ungültigerklärung der im Kanton Bern eingereichten Volksinitiative "Keine Steuergelder für die Berner Reithalle!". Es weist die Beschwerden der Jungen SVP des Kantons Bern und von sieben Privatpersonen gegen den Beschluss des Grossen Rates des Kantons Bern ab. Die Initiative verstösst gegen übergeordnetes Recht, namentlich gegen die Gemeindeautonomie der Stadt Bern und gegen das Gebot der Gleichbehandlung. ([Link](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 25. April 2018
Der Bundesrat hat entschieden, am 23. September 2018 drei Vorlagen zur Abstimmung zu bringen.
Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25. April 2018 beschlossen, die folgenden Vorlagen am 23. September 2018 zur Abstimmung zu bringen:
 1. Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») (BBI 2018 1483);
 2. Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» (BBI 2018 1475);
 3. Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBI 2018 1477). ([Link](#))

Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- *Im April 2018 wurden keine neuen Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert.*

Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Tages-Anzeiger vom 7. April 2018, Seite 7
Da ist er wieder – «Ein Desaster für Spanien» – die Entscheidung der deutschen Justiz verärgert viele Konservative in Madrid. An ihrer harten Linie will die Regierung festhalten.
- Tages-Anzeiger vom 10. April 2018, Seite 6
Der Spalter triumphiert – Von Viktor Orbans Ungarn geht eine beträchtliche Bedrohung für die Zukunft der Europäischen Union aus.
- Tages-Anzeiger vom 12. April 2018, Seite 12
Am Ende einer Ära – 60 Jahre Castros sind genug – findet Raúl. Er tritt nach zwölf Jahren als Staatschef Kubas ab. Dem Land geht es nicht besser als zu Zeiten Fidels.



- Tages-Anzeiger vom 21. April 2018, Seite 7
Italiens Regierungsbäcker – Italiens Cinque Stelle suchen nach einem Partner für die Macht. Doch sie geben sich wählerisch und weigern sich, mit zwei Dritteln des Rechtslagers überhaupt zu reden.
- Tages-Anzeiger vom 23. April 2018, Seite 5
Die Stunde der Trümmerfrau – Die SPD hat mit Andrea Nahles erstmals in ihrer 155-jährigen Geschichte eine Frau an die Spitze gewählt. Ihr schlechtes Ergebnis belegt, wie schwer die Aufgabe wird.
- Tages-Anzeiger vom 25. April 2018, Seite 11
Kapriole des Lebens – Will der Ex-Premier Manuel Valls Bürgermeister von Barcelona werden?
- Tages-Anzeiger vom 27. April 2018, Seite 7
Die Brexit-Front bröckelt – Immer mehr Unterhaus-Abgeordnete wollen einen EU-Austritt, der eigentlich keiner ist. Auch unter den Tories sprechen sich inzwischen viele für eine künftige Zollunion aus.
- Tages-Anzeiger vom 28. April 2018, Seite 4
Italien drohen Neuwahlen
- NZZ am Sonntag vom 29. April 2018, Seite 6
Der grosse Bluff der Fünf Sterne – Die Protestpartei war einst ein Projekt radikaler Basisdemokratie. Davon ist nicht mehr viel übrig.

Ausländische Gerichtsurteile

- Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen, Urteil vom 11. April 2018, [Vf. 108-V-17](#)
Wahlprüfungsbeschwerde – Fall «Samtleben». Verfassungsgerichtshof stellt Wahlfehler fest; es kommt aber nicht zu Neuwahlen. Die Streichung des Beschwerdeführers von der Landesliste der Partei Alternative für Deutschland (AfD) vor der Landtagswahl zum 6. Sächsischen Landtag hätte durch den Landeswahlausschuss nicht berücksichtigt werden dürfen, weil der Streichung kein neuerlicher Parteitagsbeschluss vorausgegangen ist. Dieser Wahlfehler hatte zwar Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlamentes. Er wiegt aber nicht so schwer, dass der Fortbestand des gesamten Landtages unerträglich erscheint. Rückweisung.



Neuerscheinungen

- WEISS MARCO, Die Praxis des Parteiverbots in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sicherheit & Recht 1/2018, S. 83–92
- SCHMID STEFAN G., Parlament und Regierung im Clinch: Das Verordnungsveto in seinen Grundzügen und im Licht der Gewaltenteilung, in: ZBI 119/2018, S. 163–183

Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
 - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz](#)
 - [Obergericht des Kantons Nidwalden als Verfassungsgericht](#)
 - [Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Deutschland):
 - [Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen](#)

Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: luka.markic@rwi.uzh.ch

www.rwi.uzh.ch/kley